

Korrespondenz zum Thema:

**„Man ist doch als Deutscher für Deutschland;
auch wenn es hier Schattenseiten gibt.“**

„... deshalb bin ich für Ihre ausführliche Antwort zwar einerseits dankbar.¹ Andererseits ziemlich erbost. Denn ich bin - wie meisten anderen Deutscher auch - für Deutschland, weil ich Deutscher bin. Sie wollen doch so etwas nicht ernsthaft in Frage stellen. Natürlich bin ich nicht mit allem einverstanden, was die Regierungen hier beschließen. Keine Frage, dass es zu wenig erschwinglichen Wohnraum gibt, und dass auch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht; von Umweltverschmutzungen durch hiesige Betriebe und Dreckschleudern auf deutschen Straßen gar nicht zu reden. Aber was hat das damit zu tun, dass wir Deutschen geradezu verpflichtet sind, zu Deutschland zu stehen. Sollen wir etwa zu Russland oder den USA, zu China stehen oder für Italien sein? Und wie stellen Sie sich denn die Sache mit der Nationalität vor? Haben Sie vor, die jeweils zu wechseln wie ein Hemd? Und wohin würden Sie denn wechseln wollen? Sie haben eine Bilanz von mir gefordert: Die sollen Sie bekommen. Sie weist Schattenseiten und Sonnenseiten auf. Zu den Schattenseiten gehört das, was ich eben aufgezählt habe. Zu den Sonnenseiten gehört unser Sozial- und im Prinzip auch unser Bildungssystem und das Gesundheitswesen.....“

Einerseits erstaunt mich Ihre Rückantwort, andererseits auch wieder nicht. Zum *einerseits*: Wenn man Sie fragen würde, *für* welches Gefährt Sie bei einer anstehenden Neuanschaffung votieren würden, für eine Volvo-Limousine oder einen VW-Passat, würden Sie sich *für* den einen Wagen und *gegen* den anderen oder evtl. auch gegen beide entscheiden. Und Sie hätten dafür Ihre *Gründe* – mögen die den Fahrkomfort, die Sicherheit, den Preis usw. betreffen. Nie würde es Ihnen einfallen, auf die Frage nach den Gründen für Ihre Entscheidung mit der Kausalkonjunktion 'weil' nur auf das *zu Begründende*, das ausgewählte Gefährt, zu verweisen. Oder um ein anderes Beispiel zu nehmen. Wenn Sie zwischen Urlaubsorten zu wählen hätten, etwa zwischen Alpen oder Nordsee, würde Ihnen – ich unterstelle einmal, Sie sind nicht schwindelfrei – auch nicht einfallen, die Wahl der Nordsee mit Verweis darauf, dass es die Nordsee sei, zu begründen. Es gälte Ihnen nicht als Begründung. Das würde Ihnen *kindisch* vorkommen, jenem Wünschen entsprechend, mit dem die Kleinen immer nur *wiederholen*, was ihr Begehrt ist – vielleicht noch unterstrichen mit heftigem Fußaufstampfen.² Ein letztes und noch näher an der Sache liegendes – aber immer noch ein – Beispiel: Sie haben sich als passionierter Tennisspieler *für* die Mitgliedschaft in einem bestimmten Sportverein entschieden, weil, so ihre *Gründe*, die dortigen Anlagen die gepflegtesten, die hygienischsten oder die billigsten sind und vielleicht auch von Ihren Freunden frequentiert werden. Sollte der Verein seine Anlagen vernachlässigen, dann würden sie die Mitgliedschaft kündigen, den Verein *wechseln* und sich einen neuen suchen, der Ihren *Wünschen* entspricht.

Es wird deutlich, worauf ich mit dieser länglichen Einleitung ziele: In diesen und zahllosen anderen neben- oder hauptsächlich Fällen des *Alltags* hat man für Zustimmung oder Ablehnung *seine Gründe*. Die Parteinahme für die Nation dagegen, in der und von deren ökonomischem und politischem System so ziemlich alles abhängt, was das Berufsleben, die Freizeit, Organisation von Haushalt und Familienleben, Gesundheit und Bildung, Leben nach der Arbeit etc. ausmacht, kommt *ohne* solche Gründe aus. *Für* Deutschland sind Sie und mit Ihnen nicht gerade wenige Landsleute – auch noch selbstverständlich? -, *weil* Sie Deutscher sind? Wie das? Das wäre dasselbe, als wenn der Zuspruch zum Sportverein damit begründet würde, dass man ja Mitglied sei.³ Noch in der unbedeutendsten Entscheidung weiß doch jeder Mensch seine Gründe für das Für oder Gegen. Bei Deutschland? Kein Wort von 'Sicherheit' oder 'Komfort', von 'gepflegtesten', 'hygienischsten' oder

1 Siehe die Korrespondenz zu: „Ich bin doch kein Nationalist!“

2 „Ich will aber an die Nordsee, bäh!“

3 Nicht dass es bei Fußballfans, die ihren Verein schon mal zu ihrer Heimat erklären, solche 'leeren', tautologischen Begründungen nicht auch gäbe.

'billigsten' Lebensumständen oder Ähnlichem.

Nun ist in Ihrer eigenen Bilanz allerdings von Sonnen- und *Schattenseiten* die Rede. Es stünde deshalb zu erwarten, dass Sie wenigstens *gemischt* bilanzieren: Einiges passe Ihnen an Deutschland, anderes dagegen weniger oder gar nicht - wie die von Ihnen aufgeführte Wohnungspolitik und der Umweltschutz. Sie relativieren Ihre generelle Parteilichkeit deswegen doch nicht. Da fragt sich, wie das positive Nationalgefühl und Ihre gemischte Bilanz zueinander passen? Auf der einen Seite eine Totalzustimmung, auf der anderen Seite, kritisch abwägend, die Sonnen- und Schattenseiten. Es scheint, als ob sich beide Urteile gar nicht aus demselben Blickwinkel ergeben würden, als ob sich Distanzlosigkeit und jene Distanz, die notwendigerweise eingenommen werden muss, wenn es das staatliche Gemeinwesen auf seine Bedeutung fürs persönliche Interesse zu prüfen gilt, bei Ihnen *vertragen* würden.

Das ist merkwürdig und bedarf einer Erklärung, die noch länglicher ausfallen wird. Womit ich beim *andererseits* wäre: Es muss zunächst festgehalten werden, dass sich dieser 'Verein' *Deutschland* sehr grundsätzlich von Sportvereinen, Schachclubs, politischen, kulturellen oder sonstigen Vereinen unterscheidet: Von freiwilligem Eintritt, von Kündigung und Wechsel des Vereins 'Nationalstaat' kann nämlich ebenso wenig die Rede sein wie davon, dass sich in ihnen 'Freunde' bzw. nur Menschen mit gleichen sportlichen oder kulturellen Interessen zusammen gefunden haben. Zu einem Mitglied im Verein Deutschland wird der Nachwuchs deutscher Eltern nämlich qua *Staatsgesetz gemacht*. Widerrede zwecklos. Von der grundgesetzlichen Koalitionsfreiheit ist die freie Bildung von gesellschaftlichen Lebensgemeinschaften, die auf der Grundlage identischer Interessen ihre Existenzbedingungen auf eigenem Territorium organisieren, ausgeschlossen. Und das Auswandern, das einem einfallen mag, also die freiwillige „Kündigung“ einer bestimmten Staatsbürgerschaft obliegt auch nicht allein der Entscheidung des auswanderungslustigen Bürgers. Ohne Zustimmung des Heimatstaates, der diese versagen kann, wenn der „Republikflüchtige“ als ein besonderer nationaler *Leistungsträger* gilt, und ohne Nachweis, dass der für den anvisierten Staat *nützlich* bist, schiebt sich in der Regel nichts.⁴

Daraus lässt sich schon der Schluss ziehen, dass bei diesem Verein namens 'Nation' die Frage, wie der Nutzen zwischen 'Vereinsführung' und 'Vereinsmitgliedern' verteilt ist, etwas anders beantwortet werden muss als bei den Sport- und ähnlichen Vereinen. Das beginnt bereits damit, dass die Staatsbürgerschaftszuschreibung alles andere als ein *formaler* Akt ist, wie er sich später im Personalausweis niederzuschlagen scheint: Alle zukünftigen Bürger der deutschen Nation werden umstandslos erstens unter ein feststehendes Rechtssystem gebeugt, das seinerseits zweitens die praktische Unterwerfung unter eine bestimmte Nationalökonomie, die Marktwirtschaft genannt wird, und unter ein politisches sowie unter ein Sozialsystem einschließt. All das ist fix und fertig; mit dem hat sich der Neudeutsche abzufinden und in dem hat er sich in Verfolgung seiner Lebenswünsche einzurichten. Es bleibt ihm nichts andere übrig!⁵ Eine auf gründlicher Prüfung der damit gegebenen Lebensumstände basierende nachträgliche Revision ist nicht vorgesehen. Und – drittens - spielt ein weiteres „Präsent“ eine Rolle, das ihm mit seiner Geburt offeriert wird: Seine „soziale Lage“, der zudem zu entnehmen ist, wie 'gemischt' die Interessenlage der Deutschen ist. Ob er als Kind von Reichen oder von Armen, von Hochschullehrern oder bildungsfernen Hauptschulabgängern, von alleinerziehenden Hartz-IVlern oder von Familien mit funktionierender Arbeitsteilung usw. in die kapitalistische Welt kommt, *bestimmt* seine zukünftige Karriere. Die beginnt schon in der Schule mit der bekannten Sortierung, die seit Jahrzehnten immer wieder aufs Neue als „fehlende Chancengleichheit“ ebenso bejammert wie festgeschrieben wird. Kurz gesagt: Alle demographisch neu registrierten Bürger werden nach sozialem Status - der selbst schon nichts als *Produkt* dieses Systems ist, wie nicht nur das Beispiel von der Chancengleichheit zeigt - dem Staatsvolk zugeschlagen und auf ihren jeweiligen *Dienst* an der bestehenden Gesellschaftsordnung *alternativlos* festgelegt.

4 Ganz abgesehen davon, dass es angesichts der fast vollständigen Eroberung des Globus durch die kapitalistische Wirtschaftsweise wirklich an echten Alternativen fehlt.

5wenn er sich denn an die vorgegebene Geschäftsordnung dieses Vereins hält.

Dieser Dienst erfolgt unter demokratischen Bedingungen nicht per unmittelbarem *Staatszwang*. Kein Bürger wird per Ordnungsmacht ins Büro, in die Fabrik oder aufs Amt geschleppt. Ganz *freiwillig*, auf der Grundlage des vom Staat mit Institutionen und Regeln eingerichteten und betreuten *Sachzwangs arrangieren* sich Bürger bei der Verfolgung ihrer zugelassenen, aber durchaus nicht kompatiblen Interessen. So etwas wie eine konsequente, auf *praktische Korrektur* zielende Prüfung der damit bewirkten materiellen und sonstigen Lebensumstände, stößt schnell auf die Intervention von staatlicher Ordnungsmacht. Ein Beispiel gefällig? Jedes *frei* gewählte Lebensinteresse *bedarf* zu seiner Erfüllung mehr oder weniger *Geld*. Das *muss* man erst einmal haben. Verfügt man über keine eigene Geldquelle, *muss* man sich um Arbeit für Einkommen kümmern.⁶ Und schon ist man fett den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sachzwangs unterworfen, nach welchen hier das Geldverdienen organisiert ist. Einkommen erhält man nämlich nur, wenn sich die abzuliefernde Arbeitsleistung für den 'Arbeitgeber', den Eigentümer einer Geldquelle namens Fabrik etc. *lohnt*. Und lohnen tut sie sich nur, wenn das ausgezahlte Arbeitsentgelt nicht den Gewinn beschneidet. Lohnt sie sich aber für ihn *nicht*, dann ist es mit Arbeit und folglich mit dem wichtigsten Lebensmittel, dem Geld, nichts. Bei der Verfolgung ihrer Anliegen bekommen es die Einkommensabhängigen also immer mit den Interessen anderer Angehöriger dieses Gemeinwesens zu tun, die ihnen nicht nur in die Quere kommen, sondern die für ihr konträres Interesse zudem über das deutlich griffigere Durchsetzungsmittel verfügen, dem staatlich geschützten *Eigentum*⁷. Dem mehr als verständlichen Ärger der Lohnabhängigen über diese systemische Bestreitung ihres Lebensunterhalts folgt von der demokratischen Obrigkeit dann bekanntlich nicht die Anregung, es doch bitte schön mit einem anderen System freier Wahl, einer Kommune, dem Sozialismus oder Kommunismus zu versuchen. Im Gegenteil: Mit dem grundgesetzlichen Schutz der existierenden und öffentlich immer mal wieder ziemlich heilig gesprochenen Eigentumsordnung erweist sich der Staat nicht nur als Förderer dieser Ordnung. Er ist ihr Gründer und sorgt mit dem gewaltbewehrten Rechtssystem aus eigenem Interesse⁸ für ihren Erhalt. Weitere Beispiele schenke ich mir.

Die leere, begründungslose *Parteinahme* für Deutschland – man ist für Deutschland, weil man Deutscher ist -, erklärt sich also erstens aus dem Umstand, dass diese Parteigänger auf ein Leben unter den gegebenen kapitalistischen Lebensverhältnissen *alternativlos* festgelegt sind. Dass sie zweitens gewohnheitsmäßig diese Festlegung *praktisch* zu ihrem Leben – mit allen „Sonnen- und Schattenseiten“ - erklären, geht drittens nicht ohne dass sie dafür ihr Arrangement *ideell* auf den Kopf stellen. *Falsche Gedanken* braucht es schon, wenn man eine Nation zu *seiner* Heimat erklärt: Weil die Verfolgung *eigener* Lebensinteressen bei der Mehrheit eigentumsloser Bürger auf die Nutzung der vom Staat dafür eingerichteten Einrichtungen angewiesen ist, gilt ihnen der Staat als *Dienstleister* an ihnen; und Schule, Arbeitsmarkt, Krankenhaus, Jobcenter usw. als allein *ihnen* zugeeignete *Lebensbedingungen*. Ihre *Lebensbedingungen* sind es schon, denn ohne sie gibt es für sie keine Ausbildung, keinen Beruf, keine Stütze etc. Falsch ist daran nur eines - und dieser Fehler hat es in sich: Es ist *nicht zutreffend*, dass die Masse der Bürger damit zugleich deren *gemeinter Nutznießer* ist. Das gilt für das Bildungswesen, in welchem sich der Nachwuchs um Erfolg bemüht und das Resultat seiner Anstrengungen darin besteht, dass er gemäß der Hierarchie der vorfindlichen kapitalistischen Berufswelt auf den Arbeitsmarkt gekippt wird. Das gilt für diesen selbst, auf dem der Arbeitssuchende ein erträgliches Auskommen sucht, und sich dabei in einen Dauerkampf um Geldverdienst mit Seinesgleichen gestellt sieht, den andere, die Unternehmer, für

6 *Verfügt* dagegen jemand über eine Geldquelle, dann geht es in der Regel darum, dieses Geld rentabel anzulegen. Darüber begibt sich der Geldbesitzer – aus freien, von seinem Interesse diktierten Stücken - in Konkurrenz zu anderen Eigentümern, denen es um dasselbe geht. Damit setzt er – bei ungewissem Ausgang - den vom Staat eingerichteten Sachzwang für sich in Gang, demzufolge jedem Eigentümer derselbe freie Umgang mit seinem Geldkapital erlaubt ist. Die Frage heißt dann bei allen Unternehmern z.B.: Wer kommt mit dem günstigsten Preis auf den Markt und schafft es so ,der Konkurrenz Kaufkraft wegzunehmen oder ihn gar vom Markt zu verdrängen? Das geht z.B. über Rationalisierungen, die bei den Eigentümern die Frage aufwirft, welche Arbeiten sich zu welchem Preis noch lohnen, und welche überhaupt nicht mehr. Womit man wieder bei der Mehrheit der Menschheit ohne eigene Geldquelle wäre.

7 Die Rede ist immer von Eigentum, das im Kapitalismus diesen Namen verdient, also als Geldquelle fungiert.

8 Sein *Staatshaushalt* ist bekanntlich eine abhängige Variable vom Wachstum der Wirtschaft.

sich ausnutzen. Das gilt für das Sozialsystem, das Menschen, die nicht einmal über existenzsichernde Einkommen verfügen, mit Geldleistungen hilft, die jedoch dem offenbar immer zu knappen Lohn aller *Beschäftigten* entzogen werden, und die Einnahmen derer nicht angreifen, die für Hilfsbedürftigkeit verantwortlich sind. Und das gilt auch für die demokratische Wahl, in der der regelmäßig unzufriedene Bürger schon wieder seine Freiheit austoben darf. Er darf nämlich seine Unzufriedenheit, die den Regierenden nicht gleichgültig ist, in eine Wahlurne werfen. Da liegt sie dann gut, gilt einerseits ab sofort nur noch *quantitativ* und wird übersetzt in Zustimmung zu und Ablehnung von einer jener *Parteien*, die mit ihrem Regierungswirken regelmäßig das Ihre zur Bürgerunzufriedenheit beigetragen haben; andererseits wird ihr ganz generell der Grad der Zustimmung zum *politischen System* entnommen.⁹ Bürger begehen auf diese Weise den *Fehler*, als selbstbezügliche Dienstleister an nationalstaatlicher Herrschaft deren Ziele zu ihrer Sache zu machen, *weil* sie alternativlos von ihr abhängig sind. Mit falschen Gedanken¹⁰ haben sie das Leben im Kapitalismus zu ihrer Sache gemacht, haben dabei die staatliche Ordnung zu einer Dienstleistung für die Bürger verdreht; eine Ordnung mit der der Staat per staatsbürgerlichen Eingemeindung allen Bürgern die lebenswichtigen Entscheidungen von vornherein abgenommen hat.

Dieser Fehler mit seiner absurden Verdrehung und nichts anderes ist *Nationalismus*.¹¹ Kein Wunder, dass sich Bürger dann aufführen, als würden sie – ideell - im Vorstand des Vereins 'Deutschland' sitzen. Um Mitsprache bei Fragen des „Allgemeinwohls“ sind sie deshalb auch nicht verlegen. Sie betätigen sich dabei durchaus nicht als unkritische Knechte, pure *Untertanen*. Ihre Parteinahme für die Nation tritt *fordernd* auf: Der oberste Dienstleister am Bürgerwohl muss seine Sache gut machen; wohlgekerkt '*seine Sache*'. Dabei regiert dann die 1. Person Plural, in der umstandslos jedes eigene Anliegen ins „Allgemeinwohl“ aufgelöst wird: „*Unsere* Wohnungspolitik bedarf der Reform!“ „*Wir* müssen mehr für die Umwelt tun!“, „Auf unser Sozialsystem können wir stolz sein!“ usw.¹² Und je nachdem *schämen* sich Bürger für Leistungen ihrer Herrschaft oder sind *stolz* auf sie – sorgsam den Gedanken dran vermeidend, wie Erfolg oder Misserfolg *nationaler* Politik eigentlich ihren *persönlichen* Alltag beanspruchen.

Damit ist zugleich der oben entwickelte Widerspruch Ihres Briefes aufgelöst. Es verträgt sich eben die Distanzlosigkeit des personifizierten Nationalgefühls mit der Distanz von Politikkritik, den Schattenseiten, wenn man sich ideell zur Mitregierung aufgerufen wähnt. Deswegen ist es auch kein Zufall, dass Sie meine Bitte um eine persönliche Bilanz ihres Lebens in Deutschland so gründlich missverstanden haben. Mir kam es weniger darauf an, von Ihnen ein Urteil darüber zu erfahren, wie Ihrer Auffassung zufolge *Deutschland überhaupt* so dasteht, vielleicht sogar im Vergleich zu anderen Nationen, sondern wie *Sie in Deutschland* dastehen und wie Sie von dieser Ihrer Lage her die Nation *beurteilen*. Zu den von Ihnen genannten Schattenseiten hätte ich deshalb folgende Nachfrage: Sind Sie Eigentümer eines Eigenheims oder gehören Sie zu denen, deren Einkommen von der Miete aufgefrisst wird? Sind sie Bewohner einer Sozialwohnung oder betuchter Vermieter? Und wenn Sie sich zu den Reichen zählen, die vielleicht, ohne selbst nennenswerte Mühe aufzuwenden, im Wohlstand leben, dann wäre auch noch nachzufragen: Was wäre mit diesem Wohlstand, wenn sich jene, auf deren *Kosten* ihr Leben geht, erlauben würden, 'Einwände' dagegen geltend zu machen? Und bei der Aufzählung der Sonnenseiten sind Sie in Ihrer Bilanz gleich ganz weg von einer *persönlichen* Bilanz: Da bestätigen Sie nur die Fehler nationalistischer Parteilichkeit, die ich gerade aufzuzeigen versucht habe. Sie halten allein *Deutschland* etwas zu Gute. Dabei würden sich doch hinsichtlich *Ihrer* persönlichen Lage vielleicht folgenden Fragen stellen: Sind Sie Empfänger von Sozialleistungen, von Hartz IV, Rente oder zehren Sie von Pension, Diäten oder

9 Dies belegt das *identische* Interesse aller *konkurrierenden* Parteien an der Wahlbeteiligung.

10 Es handelt sich bei diesem Fehler leider nicht um einen schlichten Irrtum, der – wie etwa beim Verrechnen – schnell zu korrigieren wäre, sondern um eine in die Irre gehende Überlegung, die die vorgegebene Lebenslage als bestimmendes Regulativ anerkennt. (K.Marx hat das „notwendig falsches Bewusstsein genannt“. Vgl. dazu: Decker/Hecker, Das Proletariat, München 2002, S.273ff)

11 Vgl. auch: F. Huisken, Der demokratische Schoß ist fruchtbar... Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus, Hamburg 2012, S 167: Gespräch mit einem Schüler: „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein. Warum auch nicht?“

12 Hübsch wie BILD die Wahl Kardinal Ratzinger zum Papst auf der Titelseite in Fett kommentierte: „Unser Papst!“

Zinsen? Auf welcher Schulstufe hat das Bildungswesen Sie rausgeworfen? Haben Sie studiert oder versucht auf der Abendschule einen Hauptschulabschluss nachzuholen? Sind Sie Privat- oder Kassenpatient? Usw. Und selbst wenn Sie zu den Ausnahmen gehören, die es in dieser Nation recht gut getroffen haben, wäre immer noch zu fragen, wieso Sie *Ihre* Lage zu einer Parteinahme für *Deutschland* verabsolutieren?

Ein treffendes und zusammenfassendes Zitat zum Nationalismus möchte ich Ihnen abschließend nicht vorenthalten: „*Der Stolz, Deutscher zu sein, kriegt von der Staatsgewalt seinen wirklichen Inhalt verpasst, und die Machthaber kassieren mittels ihrer Vereinsfarben (Schwarz-Rot-Gold) die bedingungs- und bedenkenlose Zustimmung ihrer Manövriermasse. So entsprechen sich Dummheit und Gewalt, und der Nutzen liegt ausschließlich bei der (Staats-)Gewalt und ihren Inhabern.*“¹³

Nichts für ungut!

13 P. Decker/K. Held, DDR kaputt. Deutschland ganz - 2: Der Anschluss, München 1990, S.74